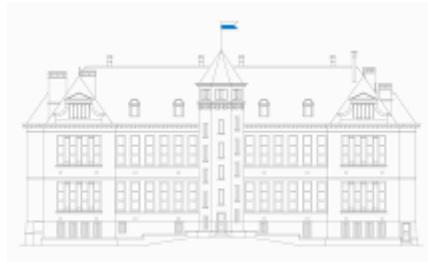


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



ZUSAMMENFASSUNG

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

Seite 5

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: POLITISCHE SCHWERPUNKTE

Spanien hat am 01.01.2010 von Schweden die Ratspräsidentschaft als erster Mitgliedstaat unter dem Lissabon-Vertrag bis Mitte 2010 übernommen. Die wichtigsten institutionellen Änderungen sind, dass nicht mehr die Ratspräsidentschaft den Vorsitz des Europäischen Rates und der Außenministerrates führt, sondern der seit 01.01.2010 amtierende Ratspräsident *Herman van Rompuy* sowie die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik *Catherine Ashton*. Das Arbeitsprogramm der insgesamt vierten spanischen Ratspräsidentschaft seit dem EU-Beitritt 1986 steht unter dem Motto „Europa erneuern“ (Innovating Europe). Dieses ist in das Programm der durch den Lissabonvertrag gestärkten sog. Trio-Ratspräsidentschaft der nächsten 18 Monate von Spanien, Belgien und Ungarn eingebettet. Die Prioritäten der spanischen Ratspräsidentschaft (SRP) und der Triopräsidentschaft sind die schnelle und volle Umsetzung des Lissabonvertrages, der Weg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise, insbesondere durch die Verabschiedung der Nachfolgestrategie „Europa 2020“ zur Lissabon-Strategie, die Stärkung der Rolle Europas in der Welt und ein bürgernahes Europa.

Das Programm der spanischen Ratspräsidentschaft findet sich unter:

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/Spanish_Presidency_Program.pdf

Das Programm der Trio-Präsidentschaft findet sich unter:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16771.de09.pdf>

TERMINE

Die wichtigsten Termine unter der spanischen Ratspräsidentschaft sind der informelle Europäische Rat am 11.02.2010 sowie die Europäischen Räte vom 25./26.03.2010 und 17./18.06.2010 unter dem Vorsitz des neuen Ratspräsidenten *Hermann van Rompuy*. Zudem ist ein Gipfel mit dem amerikanischen Präsidenten *Barack Obama* am 24.05.2010 in Madrid vorgesehen. Weitere wichtige Gipfel finden mit den lateinamerikanischen Staaten im Mai in Spanien sowie mit Pakistan am 21.04.2010 in Brüssel, mit Japan am 28.04.2010 in Tokio und mit den Staaten der Mittelmeerunion am 07.06.2010 in Barcelona



statt.

Der Kalender findet sich unter:

<http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/unioneuropea/Calendar.pdf>

ANHÖRUNGEN DER DESIGNIERTEN KOMMISSARE ANGELAUFEN

Seit dem 11.01. bis zum 19.01.2010 laufen die Anhörungen der designierten Kommissare in den jeweils zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlamentes (siehe zu den einzelnen Anhörungen die Berichte der Ressorts). Der designierte deutsche Kommissar für Energiefragen *Günther Oettinger* überzeugte in seiner Anhörung am 14.01.2010. Im außenpolitischen Bereich wurden die Vorstellungen der Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik und designierten Vizepräsidentin der Kommission *Catherine Ashton* (UK), des designierten Erweiterungskommissar *Stefan Füle* (CZ), sowie des designierten Entwicklungshilfekommissars *Andris Piebalgs* (Lettland) insgesamt positiv bewertet. Scharfe Kritik entzündete sich an der designierten bulgarischen Kommissarin für Internationale Kooperation *Rumjana Schelewa* (EVP) wegen inhaltlicher Schwächen und Unklarheiten bei der Angabe ihrer finanziellen Verhältnisse. Kritisch wurde auch der litauische Kandidat für Steuern, die Zollunion und Betrugsbekämpfung *Algirdas Semeta* (EVP) wegen zu allgemeiner Aussagen und Differenzen zur zukünftigen Stellung der Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung OLAF beurteilt. Aus bayerischer Sicht ist von besonderem Interesse, dass Erweiterungskommissar *Füle* die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei unterstützte und die Möglichkeit einer privilegierten Partnerschaft ablehnte. Europaministerin *Emilia Müller* kritisierte die Offenheit des neuen Haushaltskommissars *Janusz Lewandowski* (PL) für eine möglichen Einführung einer EU-Steuer. Die Abstimmung über die Kommission als Ganzes ist für 26.01.2010 vorgesehen.

Die Videos der Anhörungen und weitere Informationen sind verfügbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/hearings/default.htm?language=de>

ERWEITERUNG: VERHANDLUNGEN MIT TÜRKEI UND KROATIEN FORTGEFÜHRT – BEITRITTSANTRAG VON SERBIEN – ISLAND BLOCKIERT?

In den Beitrittsverhandlungen am 21.12.2009 wurde mit der Türkei das Kapitel Umwelt eröffnet sowie mit Kroatien die Kapitel zu den Sozialen Angelegenheiten und Beschäftigungspolitik sowie zur Dienstleistungsfreiheit vorläufig abge-



geschlossen. Serbien hat am 22.12.2009 offiziell seinen Beitrittsantrag eingereicht. Die bayerische Europaministerin *Emilia Müller* hat den Beitrittsantrag von Serbien begrüßt und Unterstützung angeboten. Das Veto des isländischen Präsidenten *Ólafur Ragnar Grímsson* gegen das Gesetz über die Rückzahlung von fast 4 Mrd. € wegen des Konkurses der Icesave-Bank an das Vereinigte Königreich und die Niederlande und die Entscheidung zu einem Referendum (voraussichtlich am 20.02.2010) könnte den Beitrittsprozess Islands in Frage stellen.

OLAF-CHEF FRANZ-HERMANN BRÜNER VERSTORBEN

Der Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und ehemalige bayerische Oberstaatsanwalt *Franz-Hermann Brüner* verstarb in der Nacht am 09.01.2010 nach schwerer Krankheit. Die bayerische Europaministerin *Emilia Müller* würdigte *Brüner* als einen höchstgeachteten Kämpfer gegen Betrug und Korruption, mit dem Bayern einen herausragenden Vertreter in Europa verliert. Mit Europaministerin *Müller* trauern die Angehörigen der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU um Herrn *Brüner*, der mit der Vertretung eng verbunden war. Für seine Verdienste um Bayern in einem vereinten Europa war Generaldirektor *Brüner* im Jahr 2009 mit der Europamedaille des Freistaates Bayern ausgezeichnet worden. Die Europäische Kommission würdigte *Brüner* als weltweit führenden Antikorruptionsexperten.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

Seite 17

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTS-BEREICH DES STMI

- Umsetzung der Solidaritätsklausel für gegenseitige Unterstützung der Mitgliedstaaten bei terroristischen Attacken oder Katastrophen
- Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative
- Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention
- Annahme eines Aktionsplans zum Stockholmer Programm
- Vereinbarung einer europäischen Strategie für die Innere Sicherheit
- Förderung der Polizeizusammenarbeit
- Ausbau der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung



- Wiederaufnahme der Arbeit an einer europäischen Flugpassagierdatensammlung (PNR)
- Weiterentwicklung der Asyl- und Einwanderungspolitik, Schwerpunkt zu „unbegleiteten Flüchtlingen“

EP, RAT UND KOMMISSION ÜBER RICHTLINIE ZUR EINFÜHRUNG INTELLIGENTER VERKEHRSSYSTEME IM STRASSENVERKEHR WEITGEHEND EINIG

Die schwedische Ratspräsidentschaft hat in Gesprächen mit Europäischem Parlament und Kommission eine Einigung über den wesentlichen Inhalt der Richtlinie zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS) im Straßenverkehr erreicht. Es wird keine Verpflichtung zur Einführung aufgenommen. Die Arbeit kann erst abgeschlossen werden, wenn sich die Institutionen auch über die Vorschriften zum Erlass von Ausführungsregelungen geeinigt haben.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Seite 20

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJV

Die wichtigste Priorität der spanischen Präsidentschaft liegt bei der Durchführung des Stockholmer Programms, wo die zügige Annahme eines Aktionsplanes angestrebt wird. Daneben sollen die Beitrittsverhandlungen der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) eingeleitet werden. Mit der „Europäischen Schutzanordnung“ (ESA) hat Spanien eine neue Initiative zum grenzüberschreitenden Schutz von Opfern gestartet.

ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN JUSTIZKOMMISSARIN REDING IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Am 12.01.2010 fand vor dem Innen-, Rechts- und Frauenausschuss des Europäischen Parlaments eine gemeinsame Anhörung von Frau *Reding* statt. Obwohl die Fragen der Abgeordneten eine sehr große Bandbreite abdeckten, nahm Frau *Reding* souverän zu allen Themen sachlich Stellung. Dies wurde von mehreren Abgeordneten sowohl mit Blick auf ihr Auftreten („Charme, Biss und Standfestigkeit“) als auch inhaltlich gelobt. Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stand die Bedeutung der neuen Grundrechte-Charta für die gesamte EU-Gesetzgebung.



VERBRAUCHERSCHUTZ: VERKEHRSMINISTER EINIG ÜBER MEHR RECHTE FÜR BUSPASSAGIERE

Im Rat Verkehr wurde am 17.12.2009 eine politische Einigung über eine Verordnung über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr erzielt. Die Vorlage bedarf noch der Zustimmung des Europäischen Parlaments in zweiter Lesung.
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st17/st17412.de09.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

Seite 25

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Zu den Prioritäten der spanischen Ratspräsidentschaft gehören insbesondere die volle Umsetzung des Lissabon-Vertrages, insbesondere die Einrichtung des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), die Verstärkung der Koordinierung der Wirtschaftspolitik unter Nutzung der neuen Instrumente des Lissabon-Vertrages und die Entwicklung der neuen EU-Strategie 2020. Zentrale Finanzthemen bleiben die Exit-Strategien aus den staatlichen Konjunkturprogrammen und Bankenrettungsmaßnahmen und die Reform der Finanzmärkte, insbesondere das Finanzaufsichtspaket. Im Haushaltsbereich müssen die neuen Regelungen des Lissabon-Vertrages umgesetzt werden. Noch nicht klar ist, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang sich die spanische Ratspräsidentschaft noch mit der Reform des EU-Haushalts befassen wird. Insofern hat sich die Kommission darauf festgelegt, dass im Juni zunächst die Strategie EU 2020 verabschiedet wird und die Mitteilung zur Reform des EU-Haushalts erst im Anschluss und damit voraussichtlich erst im Juni, bzw. eher Juli, veröffentlicht wird. Wichtige Steuerthemen sind u. a. die Zinsbesteuerungsrichtlinie, die Richtlinie über die Verwaltungszusammenarbeit sowie die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie.

ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN EU-KOMMISSARE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Für die Ernennung der neuen Kommission ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich. Im Vorfeld prüft das Parlament die vom Rat im Einvernehmen mit Präsident *Barroso* vorgeschlagenen einzelnen Kommissionsanwärter. Hierzu müssen sich die designierten Kommissare u. a. einer dreistündigen mündlichen Anhörung bei den jeweils zuständigen Ausschüssen



stellen. Die Anhörungen finden vom 11.01. bis 19.01.2010 statt. Anschließend stimmt das Europäische Parlament – voraussichtlich am 26.01.2009 - über die Zustimmung zur Kommission in ihrer Gesamtheit ab. Für den Geschäftsbereich des StMF sind insbesondere *Janusz Lewandowski* (Haushalt und Finanzplanung), *Olli Rehn* (Wirtschaft und Währung), *Algirdas Šemeta* (Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung), *Joaquín Almunia* (Wettbewerb) und *Michel Barnier* (Binnenmarkt und Dienstleistungen) von Interesse. Nach dem Verlauf der Diskussion im Parlament und den kritischen Statements verschiedener EU-Parlamentarier nach der Anhörung erscheint nicht gesichert, dass Herr *Šemeta* Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung wird. Die Bestätigung der anderen genannten Kommissare im Rahmen des Kommissionskollegiums ist dagegen sehr wahrscheinlich. Auch der designierte deutsche EU-Kommissar *Oettinger* hat im Europäischen Parlament einen sehr kompetenten Eindruck hinterlassen. Endgültig bewertet werden können die einzelnen Anhörungen aber nur in der Gesamtschau, also nach Durchführung aller Anhörungen.

VORLÄUFIGE BEIHILFERECHTLICHE GENEHMIGUNG DER RETTUNG DER HYPO GROUP ALPE ADRIA (HGAA)

Die Europäische Kommission hat die Rettung der BayernLB-Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch Österreich und das Land Kärnten nach den EU-Beihilfavorschriften als Rettungsbeihilfe zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben Österreichs für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten vorläufig beihilferechtlich genehmigt. Die Eigentümer und Österreich hatten sich am 14.12.2009 darauf geeinigt, dass Österreich alle Anteile an der HGAA von den drei Eigentümern – der BayernLB, der österreichischen Versicherungsgruppe GRAWE und dem Land Kärnten – zu einem symbolischen Preis von je einem Euro erwirbt. Außerdem beschlossen Österreich und die Eigentümer, Kapital (Österreich bis zu 450 Mio. €, Kärnten 200 Mio. €, GRAWE 30 Mio. € und BayernLB 825 Mio. €) und Liquidität bereitzustellen. Bereits am 12.05.2009 hatte die Kommission das förmliche Prüfverfahren hinsichtlich der bis dahin getroffenen Beihilfemaßnahmen eingeleitet, die zugunsten der BayernLB und der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) ergriffen wurden. Diese Untersuchung wurde nunmehr auf die neue Beihilfe ausgedehnt.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und
Technologie Seite 33

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Schwerpunkte der spanischen Ratspräsidentschaft im Bereich des StMWIVT werden die Folgestrategie zur Lissabon-Strategie (sog. „EU-2020-Strategie“), der von der Kommission geplante „Innovationsplan“, die Reform der Finanzaufsicht sowie der neue Energie-Aktionsplan für die Jahre 2010 bis 2014 darstellen.

ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN KOMMISSARE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Im Bereich des StMWIVT erfolgte bislang die Anhörung von *Günther Oettinger* (Energiepolitik), *Joaquín Almunia* (Wettbewerb), *Michel Barnier* (Binnenmarkt) s. hierzu Bericht im Bereich des StMF, und *Karel de Gucht* (Handel).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Seite 40

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF

Zum Jahreswechsel hat Spanien die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und in seinem Arbeitsprogramm die Schwerpunkte während der Präsidentschaft vorgestellt. Im Vordergrund wird die Diskussion zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 stehen. Weitere Schwerpunktthemen sind die Entwicklung auf dem Milchmarkt und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Spanien möchte zudem die Rolle der Frau in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum prioritär behandeln.

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/Spanish_Presidency_Program.pdf

REALES EINKOMMEN JE ARBEITSKRAFT IN DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFT UM 12,2 % GESUNKEN

Laut Schätzung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft (EUROSTAT) ist in 2009 das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft im europäischen Durchschnitt um 12,2 % gesunken. Nach Angaben von



EUROSTAT ergibt sich dieser Rückgang aus einer deutlichen Wertminderung der landwirtschaftlichen Produktion zu realen Erzeugerpreisen (-10,9 %), während reale Vorleistungen um 9,2 % abnahmen. Bereits im Jahr 2008 verzeichnete EUROSTAT einen Rückgang von 2,5 % beim landwirtschaftlichen Einkommen je Arbeitskraft. In Deutschland sank das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft um 21 %.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/publications/collections/new_s_releases

18 MONATE PROGRAMM DER TRIOPRÄSIDENTSCHAFT

Mit der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Spanien beginnt auch das Achtzehnmonatsprogramm der kommenden Trio-Ratspräsidentschaften Spanien, Belgien (2. HJ 2010) und Ungarn (1. HJ 2011). Schwerpunktthemen in der Agrarpolitik sind in diesem Programm die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unter Berücksichtigung der neuen Herausforderungen sowie der Milchsektor. Weitere Themen sind u.a. die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse, die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelkette und im Bereich der ländlichen Entwicklung, die Abgrenzung benachteiligter Gebiete.

HTTP://REGISTER.CONSILIUM.EUROPA.EU/PDF/DE/09/ST16/ST16771.DE_09.PDF

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen Seite 43

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Einen der vier zentralen Schwerpunkte der spanischen EU-Ratspräsidentschaft, die seit 1. Januar 2010 den halbjährlich wechselnden Vorsitz innerhalb der Europäischen Union innehat, bildet neben der Implementierung des Vertrags von Lissabon, der Stärkung der europäischen außenpolitischen Dimension sowie der Betonung eines Europas der Bürgerrechte die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken zur Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum durch die Einführung des Nachfolgeprogramms der Lissabon-Agenda, der sog. EU 2020-Strategie. Für neue beschäftigungspolitische Leitlinien strebt der Vorsitz eine Einigung beim Beschäftigungs- und Sozialministerrat im März 2010 an. Als eine der politischen Prioritäten bezeichne-



te Spanien die Fortsetzung der Beratungen zur fünften EU-Antidiskriminierungsrichtlinie mit dem Ziel einer politischen Einigung. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Revision der Richtlinie zum Mutterschutz (92/85/EWG) will die Präsidentschaft nach der für Februar 2010 geplanten Abstimmung im Europäischen Parlament (EP) aufnehmen.

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/Spanish_Presidency_Program.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT: ANHÖRUNG DES DESIGNIERTEN SOZIALKOMMISSARS SOWIE DER DESIGNIERTEN GRUND- UND BÜRGERRECHTSKOMMISSARIN

Im Vorfeld der Neubildung der Europäischen Kommission fand am 12. bzw. 13. Januar 2010 die Anhörung der designierten EU-Kommissarin für Justiz, Grund- und Bürgerrechte, *Viviane Reding* (Luxemburg), sowie des designierten Kommissars für Beschäftigung, Soziales und Integration, *László Andor* (Ungarn), vor den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments statt. Als oberste Priorität bezeichnete der designierte Sozialkommissar und Wirtschaftsexperte die Bewältigung der Folgen der Krise sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen auch im Rahmen der EU 2020-Strategie. Die Krise biete eine Chance, eine wettbewerbsfähige und zukunftsfähige Wirtschaft zu entwickeln, mit der Umweltproblemen und sozialpolitischen Herausforderungen begegnet werden kann. Weitere Kernanliegen bildeten die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und die Einrichtung von dynamischen, nachhaltigen und integrativen Volkswirtschaften. Gleichzeitig betonte Andor die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für sozialpolitische Fragen. Die designierte EU-Kommissarin für Grund- und Bürgerrechte *Reding* wies auf die Bedeutung des Kampfs gegen Diskriminierungen und den Schutz von Kindern hin.

<http://www.europarl.europa.eu/hearings//default.htm?language=DE>

EUGH: FESTLEGUNG EINER ALTERSGRENZE FÜR DAS ENDE DER TÄTIGKEIT ALS VERTRAGSZAHNARZT ZULÄSSIG

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit seinem Urteil am 12.01.2010 die Festlegung einer Altersgrenze für Vertragszahnärzte gebilligt und damit nicht als verbotene Altersdiskriminierung betrachtet. Dem Vorabentscheidungsverfahren in der vorliegenden Rechtssache C-341-08 lag die ehemalige Regelung des Sozialgesetzbuches zugrunde, nach der die Zulassung zur Ausübung der



Tätigkeit als Vertragszahnarzt im Rahmen des deutschen Systems der gesetzlichen Krankenversicherung mit dem 68. Lebensjahr des Arztes endete.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-01/cp100001de.pdf>

GLEICHSTELLUNG: FRAUEN SIND NACH BERICHT DER EU-KOMMISSION BESONDERS SCHWER VON DER WIRTSCHAFTSKRISE BETROFFEN

Frauen sind in besonderem Maße von der Krise betroffen und finden schwerer wieder einen neuen Arbeitsplatz. Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern, den die EU-Kommission am 18. Dezember 2009 vorgestellt hat. Nach Einschätzung der Kommission erhole sich die Beschäftigungssituation der Männer schneller als die der Frauen. Daher solle in der künftigen Strategie für Wachstum und Beschäftigung die geschlechtsspezifische Dimension herausgestellt werden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=418&langId=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Seite 50

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMU

Der spanische Ratsvorsitz hat sich in seinem Arbeitsprogramm für den Bildungsbereich das Ziel gesetzt, allgemeine und berufliche Bildung zu Schlüsselementen der EU-Strategie 2020 für Wachstum und Beschäftigung zu machen. Eine weitere Priorität der spanischen Präsidentschaft wird die soziale Dimension in der Bildung sein, der im Rahmen der Trio-Präsidentschaft auch von den nachfolgenden Präsidentschaften Belgiens und Ungarns große Bedeutung beigemessen wird. Die größte Herausforderung im Bereich der Jugendpolitik sieht der spanische Vorsitz darin, dem Europäischen Jugendpakt neuen Schwung zu verleihen. Während des spanischen Ratsvorsitzes sollen auf der Grundlage des Weißbuchs Sports Grundsätze und Ziele des künftigen sportpolitischen Programms entwickelt werden.

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/Spanish_Presidency_Program.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16771.de09.pdf>



SCHRIFTLICHE ANTWORT DER DESIGNIERTEN BILDUNGSKOMMISSARIN VASSILIOU AUF FRAGEN DES EP ZUR VORBEREITUNG IHRER ANHÖRUNG AM 14.01.2010

Zur Vorbereitung auf die Anhörungen in den Ausschüssen hat das Europäische Parlament den designierten Kommissionsmitgliedern schriftliche Fragen übermittelt. Auf die Frage nach ihren Prioritäten antwortete die designierte Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou*, dass sie davon überzeugt sei, dass die allgemeine und berufliche Bildung in der Strategie für das kommende Jahrzehnt (EU 2020) eine entscheidende Rolle spielen werde. Zur Umsetzung dieser Vorhaben werde sie eng mit dem für Beschäftigung zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten und die Initiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ vertiefen. Sie sei sich bewusst, dass in einem stark von der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips geprägten Bereich die enge Kooperation mit den Mitgliedstaaten der Schlüssel zum Erfolg sei. Eine weitere Priorität ihre Arbeit seien die Themen Jugend und Mobilität.

http://www.europarl.europa.eu/hearings/static/commissioners/answers/vassiliou_replies_de.pdf

LEHRKRÄFTE SIND LAUT UMFRAGE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION VON DER BEDEUTUNG VON KREATIVITÄT FÜR SCHULE UND UNTERRICHT ÜBERZEUGT

Um einen Eindruck zu gewinnen, wie Lehrkräfte Kreativität im Schulalltag wahrnehmen, hat die Europäische Kommission eine Umfrage über die Bedeutung von Kreativität im Unterricht durchgeführt. Laut dieser Umfrage, deren Ergebnisse auf der Abschlusskonferenz des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation am 16./17. Dezember 2009 präsentiert wurden, halten 94% der Lehrkräfte Kreativität für eine grundlegende Kompetenz, die in der Schule zu entwickeln ist.

http://ftp.jrc.es/EURdoc/JRC55645_Creativity%20Survey%20Brochure.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Seite 53

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK

Im Mittelpunkt der spanischen Forschungsstrategie für die Ratspräsidentschaft steht die Förderung des Europäischen Forschungsraums (EFR), u.a. werden



ausdrücklich politische Koordinierung aller Forschungsförderungsmaßnahmen, die Förderung des Europäischen Forschungsrates und des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie sowie der Bürokratieabbau im Forschungsmanagement angekündigt.

Spanien plakatiert die Absichten mit drei Schlagworten: Integration, Einbeziehung und Inklusion. Integration steht für das Ziel, den Bereich Forschung in andere Politikfelder einzufügen. Einbeziehung steht für die Absicht, alle (also regionale, nationale oder europäische) Forschungsförderungsmaßnahmen auf die „großen Herausforderungen“ Klimawandel, Energie, die alternde Gesellschaft und Globalisierung abzustimmen. Schließlich werden mit dem Schlagwort Inklusion die spanischen Bemühungen umschrieben, die Wissenschaft zur Förderung des sozialen Zusammenhaltes und zur Armutsbekämpfung einzusetzen.

Die erste Sitzung der Ratsarbeitsgruppe Forschung am 11.01.2010 thematisierte anhand des Entwurfs der Ratschlussfolgerungen zu den Themen „Mobilität von Forschern“ strittig die konkreten Schritte zur Umsetzung. Es wurde deutlich, dass die angesprochenen Maßnahmen aus den Bereichen der Sozialversicherung, Zusatzrenten, Flexicurity-Maßnahmen eine enge Abstimmung mit anderen Ressorts erfordern.

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/Spanish_Presidency_Program.pdf

DESIGNIERTE KOMMISSARIN MÁIRE GEORHEGAN-QUINN: FORSCHUNG, INNOVATION UND WISSENSCHAFT IN DAS ZENTRUM DER POLITIK RÜCKEN

In der Anhörung der designierten Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, *Máire Geoghegan-Quinn* aus Irland, herrschte während der größtenteils abstrakt gehaltenen, knapp dreistündigen Diskussion eine grundsätzliche Übereinstimmung aller Beteiligten zur zukünftigen Politik. Nur vereinzelt und am Rande von Beiträgen wurde eine fehlende Konkretisierungstiefe der Ausführungen von Frau *Geoghegan-Quinn* bemängelt.

Frau *Geoghegan-Quinn* bekundete ihr Ziel einer „Innovations-EU“, aufbauend auf einem Europäischen Forschungsraum, einer Koordinierung von europäischer und mitgliedstaatlicher Forschungspolitik und einer verstärkten Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft (insbesondere von KMU). Auf Nachfragen, u.a. von der deutschen Abgeordneten *Dr. Angelika Niebler*, wur-



den die Themen Governance-Strukturen, Attraktivitätssteigerung des 7. Forschungsrahmenprogramms auf einen angestrebten Bürokratieabbau fokussiert. Gerade vor ihrem persönlichen Hintergrund als Mitglied des Europäischen Rechnungshofes sei sie der Auffassung, dass weniger Regeln zu weniger Fehlern führen würden.

Ferner bekannte sich Frau *Geoghegan-Quinn* zu ITER, kündigte das Streben nach verfahrensvereinfachtem (und verbilligtem) Schutz des geistigen Eigentums an und umschrieb die Kernkrafttechnologie vorsichtig als eine angesichts der Energieproblematik zu beachtende Möglichkeit. Sie thematisierte das Problem des Wissenschaftlermangels in Europa. Nachfragen hinsichtlich des 8. Forschungsrahmenprogramms (FRP) wurden mit einem Verweis auf die abzuwartende „Halbzeitüberprüfung“ des 7. FRP beantwortet.

Weitere Hintergrundinformationen:

http://www.europarl.europa.eu/hearings/static/commissioners/cv/GEOGHEGAN-QUINN_CV_DE.pdf

FESTAKT IN ESSEN ZUR ERÖFFNUNG DER KULTURHAUPTSTADT EUROPAS 2010 MIT KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO

Am 09.01.2010 wurde in Essen unter dem Motto „Wandel durch Kultur, Kultur durch Wandel“ das Kulturhauptstadtjahr 2010 eröffnet, nachdem Essen im November 2006 neben Pécs (Ungarn) und Istanbul (Türkei) zur Kulturhauptstadt Europas 2010 auserwählt worden war. Unter dem Motto „Essen für das Ruhrgebiet“ holte erstmals eine ganze Region aus 53 Städten das Kulturhauptstadtjahr nach Deutschland - nach Berlin und Weimar zum dritten Mal überhaupt.

Der Titel der Kulturhauptstadt wird jedes Jahr an zwei Städte aus zwei verschiedenen Mitgliedstaaten verliehen. Für das nächste Jahr wurden Turku (Finnland) und Tallin (Estland) ausgewählt. Im Jahr 2012 folgen Guimarães (Portugal) und Maribor (Slowenien), 2013 Marseille (Frankreich) und Košice (Slowakei). Über die Kandidaten für 2014 entscheidet der EU-Kulturministerrat voraussichtlich im Mai 2010, wobei Staatsminister *Dr. Wolfgang Heubisch* als Beauftragter des Bundesrats teilnehmen wird.

<http://www.essen-fuer-das-ruhrgebiet.ruhr2010.de/home.html>

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT STARTET KULTURPROGRAMM

Spaniens Kulturminister *Angeles Gonzalez Side* eröffnete das Kulturprogramm



Ratspräsidentschaft mit einer Videoinstallation im Brüsseler Ratsgebäude. Das Kulturprogramm wurde mit der Einweihungsgala für die Ratspräsidentschaft am 09.01. fortgesetzt, vom 25.-27.01. folgt im Prado Museum in Madrid eine Ausstellung zur Erinnerung an die Gründung des Internationalen Komitees zur Rettung spanischer Kunstschatze im Jahr 1939. Darüber sind drei Ausstellungen von „20 dresses for Europe“ und eine El Greco-Ausstellung geplant. Am 12.06. wird in Madrid ein Konzert anlässlich des 25-jährigen Beitritts Spaniens und Portugals zur EU stattfinden, bevor schließlich am 23.-26.06. ein Konzert in Segovia und Madrid die kulturellen Aktivitäten der Ratspräsidentschaft Spaniens beendet.

<http://www.eu2010.es/en/agenda/agendacultural/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

Seite 57

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

Im Umweltbereich wird sich die spanische Ratspräsidentschaft vor allem mit den vier Schwerpunktthemen Klimaschutz, Biodiversität, Wasser und Meeresumwelt sowie Umweltqualität befassen. Im Gesundheitsbereich hat sie sich insbesondere eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung über den Richtlinienentwurf über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe zum Ziel gesetzt. Außerdem soll das „Pharmapaket“ zum Teil weiter behandelt werden. Unter dem Aspekt der Lebensmittelsicherheit stellt die spanische Ratspräsidentschaft den Verordnungsvorschlag zur Information der Verbraucher Lebensmittel betreffend (Lebensmittelkennzeichnung) und zu neuartigen Lebensmitteln in den Vordergrund. Ferner sollen die Beratungen zum Tierschutz bei Tiertransporten vorangebracht sowie die Arbeiten zum einheitlichen Tiergesundheitsrecht („Tiergesundheitsgesetz“) angegangen werden.

TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 22.12.2009 IN BRÜSSEL

Am 22.12.2009 tagte der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Brüssel. Schwerpunkt war die Diskussion zum Ausgang der UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen, darüber hinaus wurde eine Aussprache zur Biozid-Verordnung abgehalten und u. a. Fortschrittsberichte der schwedi-



schen Präsidentschaft zu laufenden Verfahren zur Kenntnis genommen. Im Ergebnis wurden Schlussfolgerungen zum Verlauf der Klimakonferenz, zur internationalen Biologischen Vielfalt nach 2010, zu Kombinationseffekten von Chemikalien und zu regionalen Ansätzen der Gewässer- und Meeresbewirtschaftung sowie eine Empfehlung zur saisonalen Gripeschutzimpfung verabschiedet.

ANHÖRUNG DES DESIGNIERTEN UMWELTKOMMISSARS *POTOČNIK*

Am 13.01.2010 fand im Europäischen Parlament die Anhörung des designierten Umweltkommissars *Janez Potočnik* statt. Der amtierende Forschungskommissar aus Slowenien gab eine überzeugende Vorstellung vor dem Umweltausschuss des Parlaments und wurde für einige seiner Aussagen sogar mit Applaus durch die Abgeordneten gewürdigt.

KOMMISSION WERTET ERGEBNISSE DER ANHÖRUNG ZUM GRÜNBUCH ÜBER ARBEITSKRÄFTE DES GESUNDHEITSWESENS AUS

Am 16.12.2009 hat die Kommission eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Konsultation zu ihrem Grünbuch über Arbeitskräfte des Gesundheitswesens in Europa (vgl. EB 22/2008) veröffentlicht. Die Kommission selbst ist der Auffassung, dass der Gesundheitssektor ein gewichtiges Wachstumspotential hat und beabsichtigt daher, in Kooperation mit den Interessenvertretern die im Grünbuch aufgezeigten Maßnahmen noch weiter auszuarbeiten.

http://ec.europa.eu/health/ph_systems/docs/workforce_report.pdf

http://ec.europa.eu/health/ph_systems/results_oc_workforce_en.htm#1

KOMMISSION ZUFRIEDEN MIT UMSETZUNG DER GEWEBERICHTLINIE

Am 06.01.2010 hat die Kommission eine Mitteilung über die Anwendung der Richtlinie 2004/23/EG zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen angenommen. Die Kommission zeigt sich in diesem ersten Bericht im Wesentlichen zufrieden mit der Umsetzung und Durchführung der Richtlinie, verweist jedoch noch auf Verbesserungsbedarf insbesondere hinsichtlich der Lizenzierungsverfahren für Gewebearrichtungen, der Inspektionen und der Erfüllung der Berichtspflichten. Die Kommission erarbeitet hierfür derzeit gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Lösungen.



<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0708:fin:de:pdf>

EUGH: FESTLEGUNG EINER ALTERSGRENZE FÜR DAS ENDE DER TÄTIGKEIT ALS VERTRAGSZAHNARZT ZULÄSSIG

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit seinem Urteil am 12.01.2010 die Festlegung einer Altersgrenze für Vertragszahnärzte gebilligt und damit nicht als verbotene Altersdiskriminierung betrachtet. Dem Vorabentscheidungsverfahren in der vorliegenden Rechtssache C-341-08 lag die ehemalige Regelung des Sozialgesetzbuches zugrunde, nach der die Zulassung zur Ausübung der Tätigkeit als Vertragszahnarzt im Rahmen des deutschen Systems der gesetzlichen Krankenversicherung mit dem 68. Lebensjahr des Arztes endete.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-01/cp100001de.pdf>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

Seite 64

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DER IUK- UND MEDIENPOLITIK

- Umsetzung des Telekommunikationspaketes und Inauguration der europäischen Telekombehörde GEREK. (Die Kommission kündigte bis Ende Januar eine „konsolidierte“ Fassung des Richtlinien textes an.)
- Annahme der Digitalen Agenda zur Förderung der Informationsgesellschaft (Erarbeitung einer Gesamtstrategie für den Informations- und Kommunikationstechnologien/IKT-Bereich für die nächsten fünf Jahre im informellen Ministerrat in Granada am 18.04., Annahme am 31.05. im Ministerrat in Brüssel). Prioritäre Themen im Rahmen der Digitalen Agenda sind IKT-Förderung, Next Generation Networks (NGN) – Weiterentwicklung und eine europäische Breitbandstrategie. Zu der in diesem Zusammenhang von der Kommission erwarteten Mitteilung sind evtl. Schlussfolgerungen geplant. Ferner wird auch die Zukunft/Förderung des Internets in die Digitale Agenda einfließen, die Fragen der Netzneutralität sowie der Konvergenz fester und mobiler Funknetze umfasst.
- Annahme eines Aktionsplans zur Frequenzpolitik (am 31.05 im Ministerrat in Brüssel). Der ursprünglich im Dezember 2009 vorgesehene Frequenzgipfel mit dem Parlament wurde von der Kommission nun für März 2010



angekündigt. Von der Kommission erwartet die Präsidentschaft außerdem eine Mitteilung zum Universaldienst, wobei die Diskussion darüber erst unter HUN-Präsidentschaft (erstes Halbjahr 2011) abgeschlossen werden dürfte.

EUROPÄISCHER RAT VOM 18.12.2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH TELEKOMMUNIKATION

Bei der letzten Sitzung des Europäischen Rats unter schwedischer Präsidentschaft am 18.12.2009 haben die für Telekommunikation zuständigen Minister in Brüssel Ratsschlussfolgerungen zur Strategie der Förderung der Informationsgesellschaft nach 2010 und zur Ummünzung der digitalen Dividende in sozialen Nutzen und Wachstum angenommen, sowie eine Ratsentschließung über ein koordiniertes und kooperatives europäisches Vorgehen bei der Netz- und Informationssicherheit gefasst.

http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.28552!menu/standard/file/conclusions%20visby.pdf

<http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52005DC0229:EN:NOT

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/post_i2010/public_hearing/hearing_report.pdf

DESIGNIERTE KOMMISSARIN NEELIE KROES MÖCHTE AN ARBEIT VON VIVIANE REDING ANKNÜPFEN UND REFORMEN VERTIEFEN

Die designierte Kommissarin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeit ihrer Vorgängerin *Viviane Reding* fortzuführen. Im Vorfeld ihrer Anhörung im Europäischen Parlament am 14.01.2010 hat *Kroes* in ihrem Antwortschreiben auf Fragen der Parlamentsmitglieder erklärt, dass es ihr vorrangig um die Entwicklung und Realisierung der Digitalen Agenda ginge, wobei die Verbraucher und Bürger im Mittelpunkt stehen würden.

Kroes unterstreicht in ihrem Schreiben an die Parlamentarier, bereits im Rahmen ihrer vorherigen Tätigkeit als Wettbewerbskommissarin wiederholt mit Wettbewerbsproblemen auch im Bereich der neuen Medien befasst gewesen zu sein. Ihrer Ansicht nach hat sie dabei die Bedeutung eines offenen, neutralen Marktes für den Einsatz neuer Technologien und den Breitbandzugang für alle Bürger grundsätzlich zutreffend beurteilt. Weiterhin weist sie darauf hin, jeglichen Protektionismus von Seiten der nationalen Autoritäten zurückweisen



zu wollen und mit der Liberalisierung des Sektors voranzuschreiten. Auch künftig werde sie keinerlei Anweisungen der Regierungen akzeptieren und unabhängig im Sinne aller Europäer handeln.

FRANKREICH ERWÄGT DIE EINFÜHRUNG EINER „GOOGLE-STEUER“

In Frankreich gibt es derzeit auf Regierungsebene Überlegungen, zur Refinanzierung geplanter Subventionen zugunsten der französischen Online-Wirtschaft eine Sondersteuer für die Onlinewerbung großer Internetportale und Suchmaschinen einzuführen. Diese sogenannte „Google-Steuer“ wurde von einem Expertenausschuss vorgeschlagen, dessen Bericht nun Kulturminister *Frédéric Mitterrand* vorliegt.

SCHEITERN DER GESPRÄCHE ÜBER ABGABENREGELUNG FÜR PRIVATKOPIEN

Die im Juli 2008 auf Initiative der Europäischen Kommission begonnenen Gespräche zwischen Vertretern der Industrie, Rechteverwertungsgesellschaften und Verbraucher mit dem Ziel einer Modernisierung der Abgabenregelung für Privatkopien in Europa wurden am 7. Januar abgebrochen, nachdem sich die Industrie aus Enttäuschung über den bisherigen Gesprächsverlauf zurückgezogen hatte.